

# ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief No. 10 – 1.6. 21

*wer steckt hinter ‚german-foreign-policy‘ ? + hass-‚schlesier‘ von rechts + peter liese stellt eu-kommission ins licht + brok & gahler: ‚willkür gegen julia timoschenko‘ + rösler rettet deutsche kernforschung + ‚arte‘ verleumdet cdu-gründer von 1945 + vaclav klaus hat auch mal recht + + ‚erfundene wahrheit‘: merkel und lauvergeon diskutieren kernkraft in ard & zdf*

---

## Deutsche Medien liefern Löcher zum Schweizer Käse

*Sie sagen zu wenig über den Hintergrund des Berner „Atom-Ausstiegs“ und dessen Echo*

Der Bundesrat in Bern konnte nur vorschlagen, doch nicht rechtlich wirksam beschließen. Folglich verlangten nicht nur die einhellig protestierenden schweizerischen Wirtschaftsverbände „die raschest mögliche Befassung des Parlaments“ mit dem Berner Ausstiegsvotum. Die europakritische SVP zum Beispiel sagte, man müsse auch das Volk befragen, dass sich in Umfragen NACH Fukushima immer noch zu fast 60% pro Kernkraft aussprach. Inzwischen gab die Regierung zu, dass „es“ nur mit Parlamentsbeschluss gehen könne.

Am interessantesten sind in dem Regierungsvotum nicht Fußnoten zu Fukushima, sondern Anmerkungen zu den steigenden **Kosten** der Stromerzeugung. Atomstrom werde „inzwischen“ zu teuer, Wasserkraft bleibe preiswerter. Schon 1998 sagte eine Tagung von Energieexperten in Genf, die Schweiz solle drei bis fünf neue Stauseen ermöglichen und Wasserkraft um 20% steigern. // Jetzt wird es spannend, denn den Wasserkraft-Plan kann man nur mit Naturschützern und Atomgegnern umsetzen, nicht gegen sie, weil massenhafte Einsprüche drohen, wenn erst feststeht, welche Bergdörfer komplett verlegt werden müssen und welche Ski-Abfahrten im Wasser verschwinden.



♣ Schweizerisches Kernkraftwerk

## Schweizer Echo

### Wirtschaft protestiert

Als unseriös, widersprüchlich und unverantwortlich bezeichnet der größte Wirtschaftsverband ECONOMIESUISSE das Votum des Bundesrats. Die Versorgungssicherheit der Schweiz werde gefährdet. Auch SWISSMEM (Maschinenindustrie) ist enttäuscht. - Das Parlament sei nun gefordert, eine wirtschaftsverträgliche Lösung zu finden und die Beschlüsse zu korrigieren. Der Energiekonzern BKW teilte mit, dass er seinen geplanten Neubau-Antrag für ein KKW „bis nach dem Votum des Parlaments“ zurückstelle.

### Aus Medien der Schweiz

Energieministerin Doris Leuthard: Die bestehenden Atomkraftwerke sollen noch bis zum Ende ihrer Laufzeit Strom produzieren, danach aber ersatzlos vom Netz genommen werden. Damit müssten die AKW Beznau und Mühleberg 2019 und 2022 die Meiler in Gösgen und Leibstadt 2029 und 2034 abgeschaltet werden.

**Kein fixer Ausstiegstermin:** Leuthard machte auch ökonomische Gründe geltend. Denn die bisher günstige Atomenergie werde ihre komparativen Vorteile gegenüber erneuerbaren Energien einbüßen. Aufgrund strengerer Sicherheitsbestimmungen, steigender Risikoprämien und hoher Investitionskosten verteuere sich die Atomenergie... *Einen fixen Termin für den Ausstieg nennt der Bundesrat nicht. Laufzeit eines AKW bezifferte Leuthard auf 50 Jahre, erklärte aber, dass auch 60 (!) Jahre denkbar seien, sofern die Sicherheit gewährleistet sei.*

An einer ausserordentlichen Session am 8. Juni wird zunächst der Nationalrat den Atomausstieg diskutieren. Den Grundsatzentscheid für den Ausstieg verlangen zwei Motionen aus den Reihen von CVP und BDP. Während SP, Grüne, BDP und CVP die Motionen befürworten, stellen sich FDP und SVP gegen den Ausstieg. - Ausschlaggebend wird die Zahl Abweichler in den Reihen von CVP und FDP sein. Offen ist auch die Haltung des Ständerats, der am 16. Juni eine Atomdebatte

abhält, die entscheidenden Motionen aber erst im September behandeln könnte, **sofern ihnen der Nationalrat zustimmt**. // Leuthard erklärte, der Bundesrat warte nun auf die Signale des Parlaments. Eine Botschaft zur neuen Energiepolitik will der Bundesrat erst im Sommer oder Herbst 2012 in die Vernehmlassung schicken, wie Leuthard erklärte. Sie stellte eine Gesetzesrevision in Aussicht, wobei neben dem Kernenergiegesetz auch andere Erlasse betroffen sein dürften. Das Parlament könnte sich 2013 der Vorlage annehmen, anschliessend wäre ein Referendum möglich, womit das Volk das letzte Wort hätte. - Folgt das Parlament den Plänen des Bundesrats, verändert sich die Ausgangslage grundlegend: Nicht die Gegner müssten gegen neue AKW das Referendum ergreifen, sondern die Befürworter gegen den Atomausstieg.

## [newsletter@german-foreign-policy.com](mailto:newsletter@german-foreign-policy.com) – Wer steckt dahinter?

Er kommt täglich aus Berlin, seine zwei Macher sind politische Niemande im Internet. Nie sind die „Meldungen“ länger als eine Seite, oft nur 20 Zeilen. Immer wird von links angegriffen. Mal die Bundeswehr, mal die CSU, mal die ganze Bundesregierung. Doch von woher links. „Links“ sind längst viele. Also ein Blick auf sechs junge „Meldungen“:

- 1 – Selbst Regierungsberater fordern (anonym) „eine öffentliche Debatte über die fortwährenden Rechtsbrüche im Rahmen des sogenannten Anti-Terror-Kriegs“. Angeblich steht die Stiftung Wissenschaft und Politik hinter der Warnung, die jedoch im Endeffekt Rechtsbrüche legitimiere.
- 2 – Die „meisten Experten“ gingen, so heißt es, „davon aus, dass der weltpolitische Einfluss der EU deutlich schwinden“ wird, Gegenwehr sei zu planen angesichts der Verteilungskonflikte in China, die in einen Bürgerkrieg münden könnten. Tatsächlich sei es EU-Europa, das Unruhen in China stifte. Die Berliner Regierung hoffe auf eine „solche Wende“.
- 3 – Der seltene Fall, dass GFP einen Namen nennt: Martin Wagner, Politologe und Juniorprofessor an der Uni Trier. Der rechtfertige „öffentlich Massaker deutscher Truppen an afghanischen Zivilisten“. Die Bundesregierung streife die Fesseln ab, welche den Deutschen nach 1945 angelegt worden seien. Eine namentlich nicht genannte Kollegin des Prof. Wagner rufe nach „Medienkrieg um die öffentliche Meinung“. Sie habe für eine Bundeswehr-Zeitschrift gearbeitet.
- 4 - „Brüssel“ wolle das Interim-Freihandelsabkommen EPA mit Ghana auf ganz Westafrika ausdehnen. Dabei gehe es den Deutschen darum, Chinas Vorrücken in Afrika zu bremsen. Die EPA aber treibe Landwirte in den Ruin.
- 5 - „Berlin“ und vor allem FDP-Minister Dirk Niebel unterstütze die Sezession des Südsudan gegen Khartum. Dazu: „Krieg wird billigend in Kauf genommen.“ Unternehmer „aus einer Berliner Regierungseinrichtung“ würden auf den richtigen Umgang mit möglichen Kämpfen vorbereitet.
- 6 – „Proteste von NS-Opferverbänden begleiten die Reise der BDV-Präsidentin Erika Steinbach nach Polen.“ St. unterhalte „enge Beziehungen zum rechten Flügel der deutschen Umsiedlerverbände (sic !), der mit der äußersten Rechten in Deutschland in Verbindung gebracht wird“.

Eine genaue Beobachtung der Aussendungen seit 2008 zeigt 1. eine Sprache in großer Nähe zur ehemaligen Stasi, aber auch zur Pekinger Propaganda, 2. immer wieder Angriffe auf den Westen mit Schwerpunkt Afrika. Auch drängt sich der Verdacht auf, dass China mit am Computer sitzt. Soweit Innenpolitik (selten) vorkommt, liest man die Sprache der älteren Funktionäre der Linkspartei. Spuren der Meldungen finden sich in keinem öffentlich zugänglichen Print, selten hier und da in linken Studentenblättern.

Bis heute gelang keine befriedigende Enttarnung. Ich bitte um jeden nützlichen Hinweis.

---

## DER SCHLESIER



Unter diesem Titel erscheint jetzt wöchentlich ein Relaunch der früheren Wochenzeitung dieses Namens in Schleswig-Holstein, strammer rechts als 1999, gespickt mit Werbung für noch mehr NS-Literatur, Hass auf Türken, Warnung vor „Brüsseler Diktat“ und noch mehr vor „den“ Polen. Ist KEIN BLATT des BdV !

## WERKSTATT EUROPA

**Dr. Peter Liese MdEP:** „Das Berliner Robert-Koch-Institut muss sich bei deutschen Landwirten entschuldigen; EU-Kommission und europäisches Gesundheitsamt müssen bei der Erforschung der Ursache und Eingrenzung der jüngsten Erkrankung helfen.“

Der Sprecher der größten Fraktion im Europäischen Parlament (EVP) für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Dr. med. Peter Liese, sprach Klartext: „Das Robert-Koch-Institut hatte zunächst davor gewarnt, Tomaten, Gurken und Blattsalate aus Norddeutschland zu verzehren. Dann wurde bekannt, dass die Ursache nach Untersuchungen des Hamburger Hygieneinstitutes teilweise bei Salatgurken aus Spanien liegt. Wer sich ein bisschen in Sachen Lebensmittelproduktion auskennt, weiß, dass Menschen in Norddeutschland nicht nur Agrarprodukte essen, die in Norddeutschland angebaut wurden. Der Verdacht lag also sehr nahe, dass es sich um Ware handelt, die in Norddeutschland verkauft wurde, aber möglicherweise woanders hergestellt werden. Die Verunsicherung der Verbraucher durch die aus meiner Sicht falsche Empfehlung des Robert-Koch-Instituts ist groß“, so Liese. Der Arzt und Europaabgeordnete fordert die Europäische Kommission und das Europäische Gesundheitsamt (ECDC) in Stockholm auf, sich des Falles unmittelbar anzunehmen. „Durch die Befunde aus Hamburg über spanische Gurken und durch die Ausbreitung der Erkrankung auch in Dänemark haben wir jetzt ein europäisches Problem.“

**Elmar Brok & Michael Gahler, MdEPs:** „Verhaftung Timoschenkos Akt der Willkür“

Der aussenpolitische Sprecher EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Elmar Brok (CDU), und der Sprecher der EVP-Fraktion im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung, Michael Gahler (CDU), haben die Verhaftung der ukrainischen Oppositionsführerin **Julia Timoschenko** aufs Schärfste verurteilt: „Dies ist nichts als ein Akt der Willkür und eine Fortsetzung des einseitigen Vorgehens der ukrainischen Justiz gegen demokratische Kräfte. Dieser Akt dient einzig und allein der Behinderung und Einschüchterung der ukrainischen Opposition. Die ukrainischen Behörden müssen Frau Timoschenko umgehend freilassen“, forderten Brok und Gahler. Frau Timoschenko baute früh eine Brücke zur EVP und nahm in Bonn an einem Kongress der Christdemokraten Europas teil.

**Klaus-Heiner Lehne MdEP: Fortschritte für europäischen Patentschutz**

Das Flaggschiffprojekt für den Innovationsstandort Europa scheint langsam aus dem Trockendock zu kommen. Die Kommission hat überarbeitete Vorschläge zum einheitlichen Patentschutz in Europa vorgelegt. Nachdem Italien und Spanien dauerhaft auf der Bremse gestanden hatten, forderte das Europäische Parlament die Kommission auf, den Weg der so genannten Verstärkten Zusammenarbeit einzuschlagen. Mit diesem Verfahren kann eine Allianz der Willigen ein Gesetzgebungsverfahren durchführen, ohne auf alle 27 Mitgliedstaaten warten zu müssen. Das ist dann wichtig, wenn aufgrund des Einstimmigkeitserfordernisses im Rat jeder einzelne Mitgliedstaat ein Veto-Recht hat und die Rechtsentwicklung im Binnenmarkt stoppen kann.



\* Klaus-Heiner Lehne MdEP

Zum angestrebten einheitlichen Patentschutz in der Union sind drei Gesetzgebungsverfahren nötig, nämlich eine Verordnung zur einheitlichen Schutzwirkung in der EU, eine Verordnung über die Übersetzungsregeln der Patente und schließlich ein Abkommen über ein einheitliches Gerichtsverfahren.

Bisher gibt es das so genannte Europäische Patent. Es nennt sich zwar „europäisch“, hat aber mit der EU nichts zu tun, sondern ist am Ende nichts anderes als ein nationales Patent. Für einen einheitlichen Schutz in der EU bräuchte man also 27 Europäische Patente. Das Europäische Patent hat sich in der Praxis sehr bewährt, stößt aber mit seiner territorial beschränkten Schutzwirkung an seine Grenzen.

Vor diesem Hintergrund ist die Konstruktion des zukünftigen EU-Patentschutzes im Grundsatz recht einfach. Die Union bedient sich des bewährten Europäischen Patentes und dehnt seine Wirkung auf die EU-Mitgliedstaaten aus. Damit das Patent in der EU verstanden werden kann, wird es in einer der drei für Patente relevanten Sprachen - nämlich Deutsch, Englisch, Französisch - erteilt, wobei es immer eine (unverbindliche) englische Übersetzung geben muss. Zusätzlich kann – muss nicht – eine Übersetzung in einer weitere EU-Amtssprache erstellt werden. Da das Patent nicht nur einheitlich erteilt werden, sondern auch dauerhaft seine Wirkung einheitlich entfalten soll, bilden die Mitgliedstaaten untereinander eine eigene Patent-Gerichtsstruktur. Urteile von ausgewählten nationalen Gerichten sollen dann in allen Mitgliedstaaten anerkannt werden.

### ***Herbert Reul MdEP: Fataler Umgang mit dem Energie-Binnenmarktpaket***

**EU**-Gelder für den Ausbau der Energie-Infrastruktur soll er nur geben, wenn die Mitgliedstaaten die Binnenmarktregeln umgesetzt haben. Forderung des Industriausschusses des Europäischen Parlaments. Dessen Chef, **Herbert Reul** (NRW-CDU) stellte fest: „Fast alle EU-Länder haben ein Verfahren am Hals, weil sie das Paket ignorieren. Was aber kratzt das den Bürger? Reul: „Für die Nichtumsetzung **zahlen die Verbraucher die Zeche**, indem ihnen z.B. mehr Wettbewerb **auch durch Anbieter aus Nachbarländern** (!) verwehrt wird. Mit klaren Bedingungen für EU-Mittel beim Netzausbau können wir solche Markabschottungen aufbrechen. Kurzsichtiger Protektionismus kostet aber nicht nur den Verbrauchern von Strom und Gas unnötig Geld, sondern verhindert langfristig Wettbewerbsfähigkeit.“ Vertragsverletzungsverfahren der Kommission hält Reul für richtig. „Doch müssen sie denn Jahre dauern?“



**Herbert Reul MdEP**

## **NAMEN SIND NACHRICHTEN**

▣ **Philipp Rösler**, neuer FDP-Chef und Wirtschaftsminister, löste Freude und Beifall bei naturwissenschaftlich-technischen Studenten in Aachen, Dresden, Darmstadt und Hannover aus. Der Minister hatte verlangt, dass Deutschland in der Kernforschung präsent bleibt und ebenso in den relevanten internationalen wissenschaftlichen Gremien. Ihm war berichtet worden, dass die bekannten schwarz-grünen Kreise im Umweltministerium in die Gegenrichtung ziehen wollten: „Abschaffen, austreten!“ Als sich die Kanzlerin vor TH-Studenten in Aachen seinerzeit zur Kernkraft bekannte, hatte dies zu minutenlangem Beifall geführt. Wie singt die Band „BAP“? „Verdammt lang her“

▣ **Thilo Sarrazin** fand seltsame Gönner. Der schwierige SPD-Genosse ist offenbar damit einverstanden, dass die rechtskonservative „Junge Freiheit“ mit seinem Buch Leser zu werben sucht.

▣ **Dieter Bingen**, Professor und Direktor des Darmstädter Polen-Instituts, wirkte mit am „19. Arbeitspapier der Kopernikus-Gruppe“. Es legt dar, dass das „**rusländische Gebiet Königsberg**“ große Chancen habe, Schauplatz eines fruchtbaren europäischen Dialogs zu werden. Dazu könne gerade auch die EU beitragen. Auch werde das Gebiet zum **Lackmustest für die Modernisierungspolitik, über die Putin täglich spreche**.

▣ **Vaclav Klaus**, Tschechen-Staatspräsident und europhob, vertritt die von immer mehr Altliberalen und Christdemokraten akzeptierte These, der „Neue Sozialismus“ sei eine Art „**NGO**ismus“, also eine Ökodiktatur durch die „**nichtgouvernementalen Organisationen**“ (Greenpeace etc). Sie beherrschten die Medien, seien „fast überall von Steuern befreit“ und verdrängten die repräsentative Demokratie.

▣ **Konrad Adenauer**, Enkel des „Alten von Rhöndorf“, Anwalt in Köln und aktiv in der Arbeit der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf, stand der Bonner CDU im Bonner Haus der Geschichte als Zeitzeuge zur Verfügung. Er ist mit vielen CDU-Mitgliedern der Meinung, dass die Ära Adenauer immer mehr durch linke Kräfte falsch oder verfälschend dargestellt wird.

Neues Beispiel ist der ARTE-Film über die frühen Finanzquellen der CDU, der am 1.6. 2011 gesendet wird. Darin wird die Lüge verbreitet, Nazi-Funktionäre hätten die 1945 gegründete CDU mit Geld des NS-Regimes finanziert, das aus der Schweiz „zurückgeholt“ worden sei. Ich erinnere mich noch an die erste Fassung dieser Lüge durch die Stasi-Auslandsabteilung 1966. Jetzt aber taucht nicht zum ersten Mal die Frage auf, wieso in ARTE, einem Sender, an dem ARD und ZDF beteiligt sind, immer öfter dunkelrote gefälschte Historien laufen.



Konrad Adenauer in einer Bundestagsdebatte

▣ **Thilo Sarrazin** fand seltsame Gönner. Der schwierige und nur notdürftig rehabilitierte SPD-Genosse ist offenbar damit einverstanden, dass die rechtskonservative „Junge Freiheit“ mit seinem Buch Leser zu werben sucht.

▣ **Nikolaus Brender** und **Michael Rutz**, Ex-Chefredakteure, erhielten vom ZEIT-Verlag den Blümchen-Auftrag, im Wechsel „Briefe an die Bundeskanzlerin“ zu schreiben. Diese Werke erscheinen jedoch nicht im Hauptblatt, sondern in der Beilage „Christ und Welt / Rheinischer Merkur“.

---

### **Chronik der erfundenen Wahrheiten**

*Ich erinnere zur Vorsicht an die Meinung eines deutschen Literaturkritikers Alfred Kerr, der den Merksatz abließ: „Wenn in Deutschland eine Satire geschrieben werden soll, muss drüber stehen ‚Hier beginnt eine Satire‘, und natürlich müsste dann am Ende stehen ‚Ende der Satire‘. Sonst kommt es immer wieder zu Denk-Unfällen*

---

**Mainz/Hamburg.** Bundeskanzlerin Dr. **Angela Merkel** und die oberste Kernkraft-Managerin Frankreichs, die Physikerin **Anne Lauvergeon**, diskutieren am 30. Juni von 20.15 Uhr bis 22.00 Uhr in einer gemeinsamen Sendung von ARD und ZDF über das Thema „Pro und contra Kernkraftwerke“. Arte sendet einen Tag später eine französische Beschreibung der Diskussion zwischen den beiden Physikerinnen und Politik-Repräsentantinnen. **Jerzy Buzek**, polnischer Präsident des Europäischen Parlaments und studierter Chemiker, ist mit von der Partie „als zurückhaltender Moderator“. Alle Anrufe und mails französischer und deutscher Zuschauer der Sendung werden aufgezeichnet und den Büros von Lauvergeon und Merkel zugeleitet. // Die Regierungen in Berlin und Paris haben sich verpflichtet, weitere deutsch-französische Energie-Debatten anzuregen. Es traf schon eine Einladung der Regierung von Rheinland-Pfalz in Lothringen ein. Nun wollen die Regionalpolitiker deutsche und französische **Arbeitnehmer aus Kernkraftwerken** zu einer Fernseh-Debatte mit Naturschutzverbänden einladen.

**Berlin.** **Philipp Mißfelder**, Bundesvorsitzender der Jungen Union, folgt mit acht Damen und Herren seines Vorstands einer Einladung befreundeter junger Abgeordneter des finnischen Reichstags zu einem Besuch des nuklearen Endlagers des Landes, das auf Parlamentsbeschluss entstand und gegenwärtig gegenüber der Planung noch erweitert wird, weil Finnland weitere KKW's plant. Mißfelder „kommentiert“ mit der Reise die Tatsache, dass auch in der CDU immer wieder behauptet wird, es existiere „weltweit kein Endlager“. Deshalb geht ein Reisebericht der JU Umweltminister Dr. jur. **Norbert Röttgen** zu.

**Tübingen.** Professor **Dieter Hellmann**, Chefarzt der Uni-Klinik, verweigerte dem grünen Landtagsabgeordneten **Siegbert Melzer** die Strahlenbehandlung einer Prostata-Erkrankung. Dessen Urologe hatte „etwa 30 Bestrahlungen“ verordnet. Hellmann in einer SWR-Hörfunksendung: „Der Patient kämpft politisch nicht nur gegen Kernkraft, sondern auch gegen Uran-Anreicherung und Fabriken, die Produkte der Nuklearmedizin herstellen.“ Folglich ist es konsequent, ihn nicht mit solchen Produkten zu behandeln.“

**Kiew/Hamburg.** Nachdem im Sender PHOENIX vor einem Jahr ein Film über die Tierwelt (Schwerpunkt Säugetiere) im Raum **Tschernobyl** gezeigt wurde und Wissenschaftler berichteten, dass z.B. Rehwild und Wildschweine zwar weiterhin Verseuchtes fräßen (z.B. Eicheln), jedoch vollkommen gesunde Junge ohne jeden „Atomschmutz“ bekommen, protestierten Mitglieder von Greenpeace und verwandte Gruppen. Der Film wanderte ins Archiv und sollte nicht mehr gesendet werden. Jetzt wird bekannt, dass er doch wieder zur besten Sendezeit im September läuft und dass das Forscher-Team, welches herausfand, was Greenpeace nicht passte, in Hamburg an der Uni mit Studenten diskutieren soll. Was war passiert? Die Forscher, die den Film ermöglicht hatten, stellten einen Teil von diesem ins Internet und verspotteten das deutsche Fernsehen.

**Brasilia.** Seit dem Unglück in **Fukushima**, das *ausschließlich* durch den Super-Tsunami und nicht durch das große Erdbeben eintrat, wurde in den deutschen Medien behauptet, der Mensch vertrage „allerhöchstens 2 Millisievert“. Dabei existiert hierzulande da und dort bereits Naturstrahlung von einem bis 1.5 Millisievert, z.B. im Südschwarzwald. Aber das ist noch gar nichts, wenn man mit weltweit tätigen Forschern spricht. Dass in Teilen von Brasilien und Iran ständig vier natürliche Millisievert gemessen werden, soll jetzt in einer ARD-Wissenschaftssendung erstmals zugegeben werden.

**Mainz.** Das ZDF erklärte endlich die Wahrheit, dass die atomare Strahlung nach den US-Atomtests im Pazifik (Bikini-Inseln) in den 50er Jahren „zig millionenfach stärker war als jetzt im Meer vor Fukushima“. Aber auch: „Diese damalige Strahlung ist nicht mehr aktuell“. In Wahrheit hat sie sich weiträumig verteilt. USA, England und Frankreich haben damals hunderte von Atombomben im Pazifik explodieren lassen, davon 2/3 mit nuklearem Fallout im Meer. 2003 begann eine zunächst für unmöglich gehaltene Wiederbesiedlung des Bikini-Atolls.



\* A-Bombe Pazifik 1952

**Düsseldorf.** Die **CDU-Landtagsfraktion** in Düsseldorf beschloss eine eintägige Studienreise zum 1986 stillgelegten Kugelbett-Reaktor (HTR) in Hamm. Denn dort ist alles Anschauungsmaterial des „einzigen inherent sicheren Reaktors der Welt“ (Dr.Ing.Urban Cleve) weiterhin vorhanden und wird von international anerkannten Experten beschrieben. Die Fraktionsführung „war es satt (ein Mitglied), immer wieder von den KKW-Betreibern zu hören, der HTR sei ein Flop gewesen – und nicht leistungsfähig“. Außerdem waren zwei Landtagsmitglieder in China gewesen und hatten dort gehört: „Erst haben wir von euch den *Transrapid*-Zug übernommen, den Stoiber fallen ließ. Jetzt laufen zwei HTR-Reaktoren deutschen Typs zur Probe nahe Peking.“ In der Tat, die Chinesen wollen die zweite deutsche Supererfindung kopieren.

*Ende der Satiren*

---

Recherchiert und geschrieben von Dipl.-Ing. Jürgen Wahl  
Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG / Tel. 0228 – 324381 // e -mail: [post@jwahl.de](mailto:post@jwahl.de)  
**Deine / Ihre Spende deckt Kosten** → [bitte auf mein Konto 101403017 bei der Volksbank Wachtberg, Bankleitzahl 37069805](#)